

15.07.2010

## Klimaforscher für Afrika

**Die Bundesregierung will gemeinsam mit Staaten im südlichen und westlichen Afrika zwei neue Klimaforschungszentren aufbauen. Es soll mehr sein als ein weiteres Entwicklungsprojekt.**

Wie kein anderer Kontinent wird Afrika in den kommenden Jahrzehnten vom Klimawandel betroffen sein, und schlechter als die meisten anderen Gegenden der Welt ist der Kontinent auf diese Veränderungen vorbereitet. Hier setzt das deutsche Bildungsministerium an, wenn es in den nächsten Jahren mit 15 afrikanischen Staaten wissenschaftliche Institutionen zur Erforschung des Klimawandels in Afrika aufbauen will. "Wir schaffen die Infrastruktur vor Ort", erklärt Bildungsministerin Annette Schavan. "Die Politik arbeitet zusammen, die Wissenschaftler arbeiten zusammen."

### Grenzüberschreitende Probleme

Zwei Forschungszentren im südlichen und westlichen Afrika, sollen Strategien entwickeln, wie die afrikanischen Länder ihre Landwirtschaft an neue Bedingungen anpassen können, welche Anbaumethoden sich ändern müssen, wie die Bewässerung der Felder effektiv organisiert werden kann und wie dabei die landwirtschaftliche Fläche auch für die Zukunft erhalten werden kann. "Alle westafrikanischen Länder von Guinea-Bissau bis Kamerun haben die gleiche Klimastruktur", erklärt Sherry Ayithey, Bildungs- und Umweltministerin von Ghana. "Wir haben einen schmalen Regengürtel, der unter schrumpfendem Waldbestand leidet, wir haben die Sahara, die sich von Norden her ausbreitet. Wir erleben lange Trockenzeiten, Wasserknappheit und Energieknappheit. Wir haben grenzüberschreitende Probleme mit dem Klimawandel."

Eine der Hauptaufgaben der neuen Institute wird wohl sein, erst einmal verlässliche Daten zum Klimawandel zu sammeln. Denn aufgrund von Kriegswirren fehlen besonders in Westafrika in vielen Ländern Daten zu Klima und Landwirtschaft der letzten Jahrzehnte. Die neuen Forschungsbereiche werden in Zusammenarbeit mit bestehenden Universitäten und Forschungszentren entwickelt.

Die endgültige Struktur der neuen Institutionen werde gemeinsam mit den afrikanischen Partnern beschlossen, sagt Norbert Jürgens, Biologie-Professor an der Universität Hamburg, der das Projekt im südlichen Afrika koordiniert. "Wir können jetzt erstmals solide mit den afrikanischen Partnern etwas Gemeinsames aufbauen, und diese Vorbereitungszeit ist vielleicht das wichtigste, was ich in den vergangenen Jahrzehnten an Forschungsplanung erlebt habe."

### Marode Infrastruktur

Ausdrücklich sollen die beiden Klimazentren nicht in Konkurrenz zu bestehenden Institutionen stehen. Sie übernehmen die Koordination der verschiedenen Forschungsprojekte, bestehende Universitäten, nationale Forschungseinrichtungen, aber auch Behörden der Partnerländer werden in die Planung und später in die Forschung einbezogen. "Wir haben bereits viele, meist staatliche, Forschungsinstitutionen. Wir wollen, sie zusammenzubringen und ihre Arbeitsweise zu ändern. Dort ist viel zu tun", erläutert Sherry Thole, Staatssekretärin im sambischen Bildungsministerium. Die Infrastruktur müsse "auf das Niveau des 21. Jahrhunderts" gebracht werden. "In vielen unserer Institute ist die Infrastruktur ein wenig marode."

Ein besonderer Schwerpunkt wird die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses sein. Nur fünf Prozent der Forschungen zum Klimawandel in Afrika stammen von afrikanischen Wissenschaftlern. In Westafrika sollen sieben Graduate Schools entstehen, die jeweils zwanzig Stipendien vergeben. Ein

halbjähriger Forschungsaufenthalt in Deutschland ist für die Stipendiaten vorgesehen, der Großteil des Programms solle aber vor Ort durchlaufen werden, sagt Paul Vlek von der Universität Bonn, der Koordinator für das Zentrum in Westafrika. Diese Institute müssten so gut sein, dass es für afrikanische Doktoranden interessant wird, in Afrika zu promovieren: "Wir wollen die Konkurrenz der westlichen Institute ein wenig zurückschrauben."

In den nächsten zwei Jahren will das deutsche Forschungsministerium fünf Millionen Euro in die Planung investieren. Wenn die Institute dann tatsächlich ihre Arbeit aufnehmen, könnte der deutsche Beitrag auf bis zu 100 Millionen Euro steigen.

Autor: Mathias Bölinger

Redaktion: Klaudia Pape

| [www.dw-world.de](http://www.dw-world.de) | © Deutsche Welle.